



NIEDERSCHRIFT
(öffentlicher Teil)
64. Sitzung des Bauausschusses

Sitzungstermin:	Montag, 21.02.2022
Sitzungsbeginn:	16:00 Uhr
Sitzungsende:	19:31 Uhr
Sitzungsort:	Große Börse, Rathaus, 23539 Lübeck

Anwesende Mitglieder**Vorsitz**

Christopher Lötsch - CDU

Mitglieder aus der Bürgerschaft

Dagmar Hildebrand - CDU Stellvertr. Fraktionsvorsitzende Vertretung für: Herrn Dr. Ulrich Brock

Sabine Haltern - SPD Stellvertr. Fraktionsvorsitzende

Thomas-Markus Leber - FDP Stellvertr. Fraktionsvorsitzender

Sascha Luetkens - DIE LINKE Stellvertr. Fraktionsvorsitzender

Jochen Mauritz - CDU

1. Stellvertr. Stadtpräsident Ulrich Pluschkell - SPD

Arne-Matz Ramcke - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.

Carsten Biehlig - FW & GAL Vertretung für: Herrn Carl-Wilhelm Howe - ab TOP 3.3

Andrea Körnich-Krombholz - BfL

Bernd Lutzkat - CDU Vertretung für: Herrn Andreas Zander

Michael Matthies - Die Unabhängigen

Elfi Rostkowski - SPD

Roland Vorkamp - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

Verwaltung

Senatorin Joanna Hagen - FB 5 - Planen und Bauen

Dennis Bunk - 5.651 Gebäudemanagement

Guido Kaschel - 5.691 Lübeck Port Authority

Steffi Wulke-Eichenberg - 5.660 Stadtgrün und Verkehr

Mirjana Kayser - 5.660 Stadtgrün und Verkehr bis TOP 6.4.1

Christian Kunz - 5.651 Gebäudemanagement TOP 5.3

Katharina Belchhaus - 5.610 Stadtplanung und Bauord-

nung	
Katja Maria Schindler - 5.610 Stadtplanung und Bauordnung	ab TOP 6.4.2
Nele Hellwig - 5.610 Stadtplanung und Bauordnung	bis TOP 5.4
Thomas Kaacksteen - 5.660 Stadtgrün und Verkehr	
Gäste	
Christian Diemer -	TOP 3.1
Nicholas Benz - FBC FB 5	
Entschuldigte Mitglieder	
Vorsitz	
Dr. Ulrich Brock - CDU	entschuldigt abwesend
Mitglieder aus der Bürgerschaft	
Wolfgang Neskovic - Fraktion 21 Fraktionsvorsitzender	entschuldigt abwesend - keine Vertretung
stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.	
Carl-Wilhelm Howe - FREIE WÄHLER & GAL	entschuldigt abwesend
Andreas Zander - CDU	entschuldigt abwesend

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1	Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen	
2	Genehmigung der Niederschrift	
2.1	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 07.02.2022	
3	Beschlussvorlagen	
3.1	Grundlagenbeschluss für den Entwurf des Flächennutzungsplans und den Verkehrsentwicklungsplan	VO/2021/10558
3.2	Widmung von Verkehrsflächen gemäß § 6 Abs. (1) des Straßen- und Wegegesetzes (StrWG) für Schleswig-Holstein, hier: Baumschulweg, Steckling, Wildrosenring	VO/2022/10753
3.3	Projektfreigabe Fahrbahnsanierungen in der Hansestadt Lübeck 2022 - investiv	VO/2022/10764
3.4	Projektfreigabe: Beteiligung beim Breitbandausbau - Erneuerung technisch abgängiger Beleuchtung in St. Lorenz Süd und St. Gertrud im Zuge des Breitbandausbaus	VO/2022/10791
3.4.1	Antrag des AM Michael Matthies (Die Unabhängigen): Änderungsantrag zur VO/2022/10791 Projektfreigabe: Beteiligung beim Breitbandausbau - Erneuerung technisch abgängiger Beleuchtung in St. Lorenz Süd und St. Gertrud im Zuge des Breitbandausbaus	VO/2022/10791-01
3.5	Projektfreigabe "Trave Grund- und Gemeinschaftsschule - Sanierung und Erweiterung" Kirchplatz 7, 23569 Lübeck (Kücknitz), über 175.000,- EUR	VO/2022/10792
3.6	Beschluss Bundesförderprogramm "Zukunftsfähige Innenstädte und Zentren" INNOVATIONSKONTOR.LÜBECK	VO/2022/10829
4	Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft	
5	Berichte	
5.1	Fahrradverleihsystem für Lübeck	VO/2021/10481
5.2	Statusbericht zum Umsetzungsstand des Hafenentwicklungsplans 2030	VO/2021/10686
5.3	Grundschule Koggenweg - Bericht zur Entscheidung hinsichtlich einer baulichen Variante für die Erstellung einer EW-Bau unter Berücksichtigung des aktualisierten Raumbedarfs	VO/2021/10666

5.4	E-Bike Garagen	VO/2022/10800
6	Anfragen / Antworten / Mitteilungen	
6.1	Antworten zu Anfragen aus vorangegangenen Sitzungen	
6.1.1	Antwort auf die Anfrage des AM Monika Schedel (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Euronet Geldautomaten in Lübeck	VO/2020/09138-01
6.1.2	Weitere Anfragen während der Sitzung	
6.2	Neue Anfragen	
6.3	Mitteilungen des Vorsitzenden	
6.4	Sonstige Mitteilungen	
6.4.1	Mündliche Mitteilung (5.660): Sanierung Breite Straße	
6.4.2	mündliche Mitteilung (5.610): Personelle Aufstellung der Bauordnung	
6.4.3	mündliche Mitteilung (5.610): Lübeck NordWest	
6.4.4	mündliche Mitteilung (5.610): Sachstand B-Plangebiete nach §13b BauGB	
6.4.5	mündliche Mitteilung (5.660): Aktueller Sachstand zum Fahrradparkhaus am Lübecker Hauptbahnhof	
6.4.6	mündliche Mitteilung (5.610): Einfamilienhäuser Neue Teutendorfer Siedlung sowie Erörterung der Vorgaben für die Vermarktung von bebauten und nicht bebauten Grundstücken	
7	Anträge von Ausschussmitgliedern	
7.1	Antrag des AM Thomas Markus Leber (FDP): Der Verkehrsversuch als modernes Instrument der Verkehrsplanung und Testraum für die Mobilitätswende	VO/2022/10845
8	Verschiedenes	
8.1	Sondersitzung des Bauausschusses am 04.04.2022	
9	Ende des öffentlichen Teils	
15	Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse	

Öffentlicher Teil:

zu 1 Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung mit der Feststellung der Beschlussfähigkeit.

Der Vorsitzende weist zudem darauf hin, dass Tonbandaufzeichnungen vorgenommen werden, die ausschließlich der Protokollerstellung dienen.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass gemäß § 35 Abs. 2 der Gemeindeordnung ein gesonderter Verfahrensbeschluss mit 2/3 Mehrheit über die nichtöffentliche Behandlung von Vorlagen erforderlich ist.

Er lässt über die Zuordnung der für den nichtöffentlichen Teil angemeldeten TOP einzeln abstimmen:

Herr Lötsch beantragt, TOP 6.4.3 und 6.4.6 zu vertagen. Weiterhin beantragt er, dass TOP 3.1 bis 3.5 und 6.4.1 vorgezogen werden, sowie TOP 3.1 aufgerufen wird, aber aufgrund des Beschlusses des Ältestenrats, das Thema erst in der März-Bürgerschaft zu behandeln, noch nicht abgestimmt wird.

Der Bauausschuss beschließt einstimmig die beantragten Änderungen der Tagesordnung.

Es sind keine zu verpflichtenden Ausschussmitglieder anwesend.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift

zu 2.1 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 07.02.2022

Die Niederschrift liegt noch nicht vor.

zu 3 Beschlussvorlagen

**zu 3.1 Grundlagenbeschluss für den Entwurf des Flächennutzungsplans und den Verkehrsentwicklungsplan
Vorlage: VO/2021/10558**

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	

	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	x
	Ohne Votum	

zu 3.2 Widmung von Verkehrsflächen gemäß § 6 Abs. (1) des Straßen- und Wegegesetzes (StrWG) für Schleswig-Holstein, hier: Baumschulweg, Steckling, Wildrosenring
Vorlage: VO/2022/10753

Beschluss:

Die Widmung der Verkehrsflächen **Baumschulweg, Steckling und Wildrosenring** –in der Gemarkung Schönböcken, Flur 2, die Flurstücke 234 und 297 gemäß Anlage 1 – mit einer erstmaligen Einstufung gemäß § 3 Abs. (1), Ziffer 3 a Straßen- und Wegegesetz Schleswig-Holstein (StrWG) als Gemeindestraße - Ortsstraße wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	x
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	13
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Bauausschuss empfiehlt einstimmig gemäß Beschlussvorlage zu beschließen.

zu 3.3 Projektfreigabe Fahrbahnsanierungen in der Hansestadt Lübeck 2022 - investiv
Vorlage: VO/2022/10764

Herr Löttsch bittet um Aufklärung, inwieweit die Maßnahmen die Radwege Moltkeplatz betreffen.

Frau Wolke-Eichenberg sagt, dass hierzu ein Bericht bezüglich der Verbesserung von Radverkehrsmaßnahmen folgt. Der von Herrn Löttsch angesprochene Teil hier bezieht sich nur auf den Moltkeplatz.

Herr Leber bittet darum, bei derlei Vorlagen die Dauer der einzelnen Maßnahmen zu benennen. Hierzu erklärt Frau Wolke-Eichenberg, dass grundlegende Sanierung entsprechend länger dauern, die Zeiträume abhängig von den Ausschreibungsergebnissen sind und erst mit deren Vorliegen eine belastbare Aussage getroffen werden kann.

Herr Ramcke fragt, ob man den Zustand „gut“ der zu sanierenden Flächen spezifizieren könne. Unklar sei ihm, ob die Radwege ERA konform sind. Er fragt zudem, warum die Geniner Straße saniert und stattdessen nicht überplant wird. Die Radwege dort seien nicht optimal.

Frau Senatorin Hagen erläutert, dass es sich bei den Maßnahmen um die Umsetzung des Bürgerschaftsbeschlusses zum Masterplan Straßen handelt. Es werden jedoch immer die Geh- und Radwege und Nebenflächen mit betrachtet, ob hier Bedarfe bestehen und berücksichtigt werden können. Schwerpunkt ist hier keine Überplanung der Radwege sondern eine Verbesserung des Straßenzustandes.

Herr Lötsch fragt, ob durch die Mittelverschiebung von Moisinger Allee zu anderen Maßnahmen, z.B. Baltische Allee, der Kreisverkehr betroffen ist. Hierzu erklärt Frau Kayser, dass die Baltische Allee vorgezogen wurde, jedoch nur die Deckschicht erneuert wird und der Kreisverkehr nicht betroffen ist. Daten und Zeitschienen für die Umbaumaßnahmen zum Kreisverkehr liefert der Bereich nach. Frau Senatorin Hagen merkt an, dass solche Maßnahmen gesondert im Haushalt eingestellt werden und auch die Projektfreigabe und Vorstellung immer auch im Bauausschuss erfolgen.

Herr Ramcke wünscht weiter die Konkretisierung der Zustände der Radwegserfassung bzw. deren Ergebnissen.

Herr Pluschkell verweist auf die Vorlage der Verwaltung, in welcher die einzelnen Zustandskategorien beschrieben wurden.

Herr Ramcke fragt, ob sich der „gute Zustand“ auf eine der Kategorien bezieht. Hierzu merkt Frau Kayser an, dass die Radwege beurteilt wurden und der Zustand keiner Sanierung bedarf. Die Bezeichnung „guter Zustand“ wird als allgemein besser verständlich eingeschätzt. Zukünftig werden die Erhaltungsklassen aber zusätzlich in die Vorlagen aufgenommen.

Herr Vorkamp sagt, dass es einen großen Bedarf der Überplanung der Radwege von der Kronsfordter Allee bis zur Baltischen Allee gäbe.

Beschluss:

Die Projektfreigabe für die in der Vorlage genannten Straßen wird erteilt. Der Bürgermeister wird ermächtigt mit den Maßnahmen zu beginnen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	12
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	2
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Bauausschuss empfiehlt einstimmig gemäß Beschlußvorlage zu beschließen.

zu 3.4 Projektfreigabe: Beteiligung beim Breitbandausbau - Erneuerung technisch abgängiger Beleuchtung in St. Lorenz Süd und St. Gertrud im Zuge des Breitbandausbaus
Vorlage: VO/2022/10791

Herr Ramcke fragt, ob die Stadt jetzt selbst Breitbandausbau vornimmt.

Frau Senatorin Hagen verneint dies und erläutert, dass sich die Stadt an Maßnahmen beteiligt, bei welchem bereits die Tiefbaumaßnahmen fest eingeplant sind. Die Koordination wird durch die Leitstelle vorgenommen.

Herr Ramcke fragt nach der Finanzierung, welche durch Mittel aus den Gemeindestraßen erfolgen soll und ob dies Auswirkungen auf andere Projekte habe.
 Frau Wulke-Eichenberg sagt hierzu, dass die Mittel im Laufe des Haushaltsjahres aus dem Fachbereichsbudget nachgeordnet werden und daher keine Auswirkungen auf andere Projekte zu erwarten sind.

Beschluss:

Der Bürgermeister wird beauftragt, sich beim Breitbandausbau in den Stadtteilen St. Lorenz Süd und St. Gertrud mit der Erneuerung von Beleuchtungsstandorten zu beteiligen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	x
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	14
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Bauausschuss empfiehlt einstimmig gemäß Beschlussvorlage zu beschließen.

**zu 3.4.1 Antrag des AM Michael Matthies (Die Unabhängigen): Änderungsantrag zur VO/20222/10791 Projektfreigabe: Beteiligung beim Breitbandausbau - Erneuerung technisch abgängiger Beleuchtung in St. Lorenz Süd und St. Gertrud im Zuge des Breitbandausbaus
 Vorlage: VO/2022/10791-01**

Herr Matthies erläutert, dass Anbieter eine Zwischenfinanzierung anbieten, welche die Stadt durch die Stromersparnis wieder refinanziert. Dies Modell wird bereits im Gebäudebereich berücksichtigt. Für die aktuellen Maßnahmen ist aufgrund des Zeitdrucks die Umsetzung eines Contracting-Modells schwierig. Für spätere vergleichbare Maßnahmen soll dies jedoch geprüft und in den Vorlagen entsprechend vermerkt werden.

Beschluss:

Der Bürgermeister wird beauftragt zu prüfen, inwieweit die Beteiligung am Breitbandausbau auch über ein Contractingverfahren in Zukunft finanziert werden kann.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	12
	Nein-Stimmen	2
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Bauausschuss stimmt dem Antrag mehrheitlich zu.

**zu 3.5 Projektfreigabe "Trave Grund- und Gemeinschaftsschule - Sanierung und Erweiterung" Kirchplatz 7, 23569 Lübeck (Kücknitz), über 175.000,- EUR
Vorlage: VO/2022/10792**

Vertagt

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	x
	Ohne Votum	

**zu 3.6 Beschluss Bundesförderprogramm "Zukunftsfähige Innenstädte und Zentren"
INNOVATIONSKONTOR.LÜBECK
Vorlage: VO/2022/10829**

Frau Senatorin Hagen weist darauf hin, dass die HL als eine von 238 Kommunen am 120-Mio. €-Förderprogramm des Bundes teilnimmt. Mit ca. 5 Mio. € erhält die HL die mit Abstand höchste Einzelförderung. Der Bund würdigt damit das von der HL eingereichte abgestimmte interdisziplinäre Konzept.

Frau Hagen bedankt sich ausdrücklich bei den Beschäftigten des GMHL, der Stadtplanung, der LTM und der Wirtschaftsförderung für deren Einsatz zur Erreichung dieses sehr guten Ergebnisses.

Beschluss:

1. Der Bürgermeister wird mit der Einreichung eines Förderantrags zum Bundesprogramm „Zukunftsfähige Innenstädte und Zentren“ beauftragt. Gegenstand ist das Projekt INNOVATIONSKONTOR.LÜBECK.
2. Die Hansestadt Lübeck beschließt die Finanzierung des kommunalen Eigenanteils in Höhe von 10% der angesetzten Gesamtinvestition als ergänzenden Finanzierungsanteil zum Fördervolumen von rd. 5 Millionen Euro. Die Mittel werden im Haushalt in den Haushaltsjahren 2022 bis 2025 bereitgestellt.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	x
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	14
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	

Der Bauausschuss empfiehlt einstimmig gemäß Beschlussvorlage zu beschließen.

zu 4 Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft**zu 5 Berichte****zu 5.1 Fahrradverleihsystem für Lübeck
Vorlage: VO/2021/10481**

Herr Pluschkell sagt, dass in der Vorlage nicht auf Fördermittel eingegangen werde. Den Verleih stationär durchzuführen ist sinnvoll für zentrale Treffpunkte, wären Hybridmodell ggf. sinnvoller für Gebiete außerhalb?

Zusätzlich fragt Herr Lötsch, ob die Konkurrenz zum Verleih von privaten touristischen Anbietern geprüft wurde.

Frau Hellwig führt hierzu aus, dass für touristische Nutzungen eher ein tageweises Angebot relevant ist, nicht die Leihe für kurze Zeiträume oder einzelne Fahrten. FVS tageweise seien teurer als die Angebote der privaten Anbieter. Daher stellt ein FVS auch keine Konkurrenz zum Angebot dieser Anbieter.

Bisher gibt es keine Rad-Förderprogramme, welche für das FVS genutzt werden können. Für Investitionsausgaben können jedoch vermutlich Fördermittel beantragt werden. Ferner könne die Stellplatzablässe zur Finanzierung genutzt werden.

Es existiert die Möglichkeit, Abstellzonen einzurichten, welche sich auf ganze Straßen ausweiten können.

Herr Matthies sagt, dass eine flexible Gestaltung mit den Abstellstationen wünschenswert ist und fragt, ob es schon Kontakt zu Betreibern von FVS gab. Er fragt zudem nach den finanziellen Auswirkungen für die Stadt und ob bereits Kontakt zu den e-Roller-Betreibern bezüglich einer Kooperation aufgenommen wurde.

Frau Hellwig antwortet, dass Anbieter von Freeflow-Systemen sich bei der Stadt gemeldet haben, jedoch kein Kontakt zu Anbietern von stationären Systemen bestehe. Die finanziellen Auswirkungen sind der Vorlage zu entnehmen.

Herr Mauritz fragt, ob es vergleichbare Städte gibt, welche ein FVS nutzen.

Frau Hellwig nennt hier als Beispiel Münster, Kiel, Bielefeld, Kaiserslautern.

Frau Senatorin Hagen erwähnt, dass es sich beim Bericht noch um ein Grobkonzept handelt, und Anregungen und Ideen aus der Politik gerne kommuniziert werden können.

Beschluss:

Aufgrund eines Antrags aus der Bürgerschaft (VO/2017/05069) arbeitet die Verwaltung aktiv an der Prüfung zur Realisierung eines Fahrradverleihsystems (FVS). In Kooperation mit dem Stadtverkehr Lübeck wurde nun ein Grobkonzept entwickelt.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Bauausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

**zu 5.2 Statusbericht zum Umsetzungsstand des Hafentwicklungsplans 2030
Vorlage: VO/2021/10686**

Auf die Frage von Herrn Mauritz nach Gewerbeflächen im HEP, erklärt Herr Kaschel, dass Bedarfe des HEP im FNP enthalten sind. Daher tauchen die Zahlen des HEP 2030 auch im FNP auf.

Herr Matthies fragt, ob es Neuigkeiten zum Fragenkatalog zum HEP gibt.

Herr Kaschel antwortet, dass die Fragen sukzessive abgearbeitet werden.

Herr Ramcke erkundigt sich nach dem Umsetzungsstand des HEP, ob es Anpassungen zu den Umschlagsprognosen gäbe und ob die Erhebung eines Leerstandskatasters erfolge.

Herr Kaschel erklärt, dass die Prognose noch nicht weiter fortgeschrieben wurde, da derzeit der Bund die Prognosen aktualisiert. Jedoch wird aktuell von einer Umschlagsteigerung in HL ausgegangen.

Im Hafen gibt es keine klassischen Leerflächen, da alle Flächen vermietet sind und somit Erträge generieren. Allerdings sind Flächen zu identifizieren, welche effizienter genutzt werden können. Dies ist Teil des HEP.

Herr Mauritz fragt, ob der Herrentunnel befestigt werden muss, wenn die Schiffe andere Routen nehmen. Ferner erkundigt er sich nach dem Klimaschutzplan, welcher Teil des HEP ist.

Herr Kaschel antwortet, dass der Klimaschutzplan aktuell bearbeitet wird. Die Gliederungspunkte, welche bisher noch nicht gefüllt sind, sollen zeigen, was hier geplant ist und woran die Verwaltung sukzessive arbeitet.

Zum Herrentunnel führt er aus, dass die Trave entsprechend den Bundeskriterien angepasst werden muss. Der Herrentunnel als kreuzendes Bauwerk limitiert dies. Daher muss hier eine Auftriebssicherung hergestellt werden.

Beschluss:

Jährliche Berichterstattung zum Umsetzungsstand des Hafentwicklungsplans 2030

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x

	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Bauausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

zu 5.3 Grundschule Koggenweg - Bericht zur Entscheidung hinsichtlich einer baulichen Variante für die Erstellung einer EW-Bau unter Berücksichtigung des aktualisierten Raumbedarfs
Vorlage: VO/2021/10666

Das GMHL empfiehlt in dem Bericht die Variante Neubau statt Sanierung.

Herr Ramcke fragt, welche Aspekte bei der Entscheidung für den Neubau berücksichtigt wurden.

Herr Bunk antwortet, dass im Bericht der wirtschaftliche Variantenvergleich den Ausschlag für die Wahl der Neubauvariante gegeben hat. Bezüglich Klimaschutzrelevanter Themen berücksichtigen beide Varianten (Sanierung und Neubau) die Einhaltung der gesetzlichen Anforderungen an den Wärmeschutz. Das Thema „graue Energie“ ist nicht explizit in die Bewertung eingeflossen. Gerne wird das GMHL hierzu noch Informationen aufarbeiten.

Herr Lutzkat merkt an, dass Sanierung und Aufstockung wirtschaftlich nicht sinnvoll seien. Er empfiehlt die im Bericht erwähnte Weiternutzung des Bestandsgebäudes während der Bauphase, um die Kosten i. H. v. circa 2,4 Mio. EUR für ein Interimsgebäude zu sparen.

Herr Bunk erläutert, dass das Projekt noch in einer frühen Phase sei, daher sind die Informationen zu den Kostenkennwerten noch nicht belastbar. Auch, ob ein Interimsbau nötig ist oder entfallen kann bei Nutzung des Bestandsgebäudes, muss noch weiter überprüft werden.

Herr Biehlig fragt, ob ein Architektenwettbewerb stattfinden wird.

Herr Bunk antwortet, dass die Planung noch nicht in dieser Phase sei, aber die Idee bereits aufgenommen wurde und im weiteren Planungsverfahren geklärt werde.

Beschluss:

Bericht über den Umgang mit dem zukünftig zu erwartenden Raumbedarf der Grundschule Koggenweg.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
Ohne Votum		

Der Bauausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

**zu 5.4 E-Bike Garagen
Vorlage: VO/2022/10800**

Keine Wortmeldung.

Beschluss:

Antrag der CDU-Fraktion in der Bürgerschaft am 29. August 2019 (VO/2019/07192):

„Der Bürgermeister wird gebeten zu prüfen, ob es auch für die Hansestadt Lübeck die Möglichkeit gibt in Zeiten der Klimawende eine E-Bike Garage wie in Bochum zu errichten. Partnerschaften, z.B. mit der Uni, sind dabei anzustreben. Standortmöglichkeiten an Uni, UKSH und andernorts sind aufzuzeigen.

Als Hansestadt Lübeck setzen wir damit ein klimafreundliches Zeichen.“

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Bauausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

zu 6 Anfragen / Antworten / Mitteilungen

zu 6.1 Antworten zu Anfragen aus vorangegangenen Sitzungen

**zu 6.1.1 Antwort auf die Anfrage des AM Monika Schedel (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN):
Euronet Geldautomaten in Lübeck
Vorlage: VO/2020/09138-01**

Anfrage:

Anfrage des AM Monika Schedel im Ausschuss für Kultur und Denkmalpflege am 10.08.2020 (VO/2020/09138):

„Die Aufstellung von „Euronet Geldautomaten“, verunschönert das Bild der Lübecker Innenstadt und das der anderen Stadtteilen in Lübeck.

Da es sich bei einem Geldautomaten um eine bauliche Anlage handelt, die länger als 3 Monate eingerichtet ist, bedarf es hier auch eines Bauantrags und einer Baugenehmigung.

1. Liegen für die bisher aufgestellten Geldautomaten Bauantrag bzw. Baugenehmigungen vor?
2. Prüft die Stadt ungenehmigte Geldautomaten?
3. Wie viele dieser Geldautomaten wurden bisher aufgestellt und wo?
4. Gibt es Geldautomaten die vor Denkmalschutzten Gebäuden aufgestellt wurden, wenn ja welche?“

Zu 1.:

Grundsätzlich sind Geldautomaten verfahrensfrei als ein ortsfester Behälter sonstiger Art nach § 63 (1) 6. c) oder eine untergeordnete bauliche Anlage nach § 63 (1) 15. f) LBO SH. Ausgenommen von diesem Grundsatz sind Standorte im Geltungsbereich einer Erhaltungs- und/oder Gestaltungssatzung (siehe hierzu den Artikel des Berliner Mietvereins unter Anlage 1).

Alle gestellten Bauanträge, welche auf der Altstadtinsel geplante und somit genehmigungspflichtige Geldautomaten betreffen, wurden durch den Bereich Stadtplanung und Bauordnung abgelehnt.

Die gestellten Bauanträge wurden parallel zur baurechtlichen Prüfung einer denkmalrechtlichen Prüfung im Bereich Archäologie und Denkmalpflege unterzogen. Da baurechtlich alle Anträge abgelehnt wurden, entfiel hier eine denkmalrechtliche Entscheidung.

Einer der beantragten und negativ beschiedenen Standorte war zum Zeitpunkt der Beantragung bereits mit einem Geldautomaten besetzt. Es handelt sich somit um einen „Schwarzbau“, der seitens des Bereiches Stadtplanung und Bauordnung weiterverfolgt wird. Ein weiterer ungenehmigter Standort für einen Geldautomaten wurde von Amtswegen denkmalrechtlich geprüft und als genehmigungsfrei erkannt. Er steht innerhalb des Welterbebereiches im Eingang eines Gebäudes, welches nicht unter Denkmalschutz steht. Die Prüfung ergab keine denkmalrechtlichen Versagungsgründe.

Zu 2.:

Ja, wenn die Verwaltung hiervon Kenntnis erlangt und der Verdacht besteht, dass diese nicht verfahrensfrei gemäß der unter der Antwort zu 1. genannten Vorschrift sind.

Die der Stadt mitgeteilten Standorte der Geldautomaten werden durch den Bereich Stadtplanung und Bauordnung aufgenommen. Sind diese genehmigungspflichtig und es liegt keine Baugenehmigung vor, wird ein Verwaltungsverfahren gegen die Aufstellerfirmen eingeleitet. Da Betreiber (Fa. EuroNet; Cash Zone; IC Cash Service) und Aufsteller nicht identisch sind, haben sich diese Ermittlungen bisher ausgesprochen schwierig gestaltet. In Kürze werden gesammelte Anhörungsschreiben (§ 87 Landesverwaltungsgesetz SH) herausgehen. Ziel ist ein Rückbau der ohne die erforderliche Genehmigung nach § 172 BauGB aufgestellten Geldautomaten.

Zu 3.:

Die Geldautomaten können sehr kurzfristig aufgebaut werden, wie u.a. der Anlage entnommen werden kann. Hierdurch ist es nicht möglich, sämtliche Standorte zu erfassen. Der Verwaltung gemeldete und durch die Verwaltung festgestellte Standorte werden, wie in der vorherigen Antwort aufgeführt, geprüft.

Gegenstand der unter 2. genannten Verwaltungsverfahren sind zurzeit die folgenden Aufstellungsorte:

Holstenstraße 32

Königstraße 104

Königstraße 111

Fleischhauerstraße 59 (beeinträchtigt Fluchtweg)

Große Burgstraße 15 (beeinträchtigt Fluchtweg)

Wahmstraße 41 und 5-7

Mühlenstraße 55 (befindet sich im Gebäude, von außen nicht sichtbar)

Torstr. 1

Ferner sind der Verwaltung zum Zeitpunkt der Beantwortung noch folgende Standorte genehmigungsfreier Geldautomaten bekannt:

Werner-Kock-Str. 1

Hansering 21-23

Bei der Lohmühle 7

Blankenseer Str. 101

Mecklenburger Landstr. 49-67

Kronsfordter Allee 73 (Sana Kliniken)

Zu 4.:

Zum Zeitpunkt der Antwort sind der Verwaltung keine derart gelagerten Fälle bekannt.

	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	

Abstimmungsergebnis	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Bauausschuss nimmt die Antwort zur Kenntnis.

zu 6.1.2 Weitere Anfragen während der Sitzung

TOP 6.1.2.1 Herr Pluschkell erwähnt die Tempo 30 Zone Schellbruch und einen Artikel in den Lübecker Nachrichten. Er verweist darauf, dass von Maßnahmen auch Busse betroffen sind und bittet um Darlegung, welche Maßnahmen umgesetzt werden können, ohne Beeinträchtigung des ÖPNV.

Zwischenantwort: Es wird eine Beantwortung zu einer der nächsten Sitzungen zugesagt. Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

TOP 6.1.2.2 Herr Leber berichtet von der Brandkatastrophe in Essen. Wärmedämmung aus brandverstärkenden Materialien habe hierbei eine Rolle gespielt. Er fragt nach der Erwartung der Experten in Sachen Wärmedämmung, und ob hier neu gedacht werden muss. Frau Senatorin Hagen antwortet, dass das Thema bekannt ist. Es gibt preislich deutlich teurere Alternativen, aber der Bau mit den brandverstärkenden Materialien, die im Brandfall heiß abtropfen, ist zulässig.

Zwischenantwort: Es wird eine Beantwortung zu einer der nächsten Sitzungen zugesagt. Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

TOP 6.1.2.3 Herr Mauritz merkt an, dass die Vorderreihen-Drehung noch geklärt werden muss, ebenso die zweite Anbindung Travemünde. Auch fragt er, ob für es für die gefälltten Straßenbäume in Travemünde eine Ersatzpflanzung geben wird.

Zwischenantwort: Es wird eine Beantwortung zu einer der nächsten Sitzungen zugesagt. Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

TOP 6.1.2.4 Herr Matthies fragt ebenfalls nach dem Gutachten 2. Anbindung Travemünde. Ferner wartet er noch auf die Antwort auf die Anfrage zum Gutachten Schlachthof vom 06.12.2021.

Zwischenantwort: Es wird eine Beantwortung zu einer der nächsten Sitzungen zugesagt. Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

zu 6.2 Neue Anfragen

zu 6.3 Mitteilungen des Vorsitzenden

zu 6.4 Sonstige Mitteilungen

zu 6.4.1 Mündliche Mitteilung (5.660): Sanierung Breite Straße

Frau Wulke-Eichenberg stellt die aktuelle Planung dar und beantwortet Fragen aus der Politik.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

zu 6.4.2 mündliche Mitteilung (5.610): Personelle Aufstellung der Bauordnung

Frau Schindler informiert über die organisatorischen Veränderungen und zeigt hierzu ein Organigramm mit dem IST-Zustand und dem geplanten Zustand der organisatorischen und personellen Aufstellung. Sie beantwortet Fragen aus der Politik.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

zu 6.4.3 mündliche Mitteilung (5.610): Lübeck NordWest

Vertagt

zu 6.4.4 mündliche Mitteilung (5.610): Sachstand B-Plangebiete nach §13b BauGB

Frau Belchhaus führt zu den drei B-Plangebieten Niendorf, Steinrader Damm und Wulfsdorf aus, dass für alle drei Verfahren noch nicht alle Unterlagen für einen Auslegungsbeschluss vorliegen. Sie beantwortet Fragen aus der Politik.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

zu 6.4.5 mündliche Mitteilung (5.660): Aktueller Sachstand zum Fahrradparkhaus am Lübecker Hauptbahnhof

Frau Senatorin Hagen informiert über den aktuellen Sachstand und kündigt eine kontinuierliche Berichterstattung im Ausschuss an.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

zu 6.4.6 mündliche Mitteilung (5.610): Einfamilienhäuser Neue Teutendorfer Siedlung sowie Erörterung der Vorgaben für die Vermarktung von bebauten und nicht bebauten Grundstücken

Vertagt

zu 7 Anträge von Ausschussmitgliedern

zu 7.1 Antrag des AM Thomas Markus Leber (FDP): Der Verkehrsversuch als modernes Instrument der Verkehrsplanung und Testraum für die Mobilitätswende Vorlage: VO/2022/10845

Antrag:

Gleich mehrere in jüngster Zeit von der Verwaltung initiierte Verkehrsversuche wurden im Ausschuss, aber auch in der Öffentlichkeit zum Teil kontrovers diskutiert.

Grund genug dieses mit der Novellierung der Straßenverkehrsordnung am 28.04.2020 gestärkte Instrument der modernen Verkehrsplanung in Form eines Berichtes vorstellen.

Antrag:

Der Bürgermeister wird gebeten bis zum Sommer das Instrument des Verkehrsversuches in Form eines Berichtes dem Ausschuss und damit der breiten Öffentlichkeit vorzustellen.

Ziel ist es ein gemeinsames Verständnis für dieses wichtige Instrument der modernen Verkehrsplanung zu entwickeln.

Folgende Punkte sollten berücksichtigt werden:

- Was ist ein Verkehrsversuch?
- Auf welcher rechtlichen Grundlage kann ein Verkehrsversuch angeordnet werden?
- Welche Ziele werden mit einem Verkehrsversuch verfolgt?
- Was sind die zentralen Bestandteile eines Verkehrsversuches?
- Was unterscheidet den Verkehrsversuch von anderen Maßnahmen der Verkehrsplanung?
- Was sind die wichtigsten Argumente für den Verkehrsversuch? Welche Chancen eröffnet er?
- Welche Bedeutung hat die Beteiligung von verschiedenen Akteurs- und Interessengruppen für den Prozess?
- Welche Bedeutung hat die Kommunikation als Form der Einbindung aller Beteiligten für den Prozess? Wie wird die Kommunikation geplant und umgesetzt?
- Welche Akteursgruppen werden idealerweise mit welchem Vorlauf und auf welche Weise informiert bzw. zu ihren Anliegen angehört? Wie werden wichtige Multiplikatoren (aus Politik, Wirtschaft, Gesellschaft) in die Umsetzung eingebunden?
- Wie könnte ein Rahmenprogramm zu einem Verkehrsversuch idealerweise aussehen? Welche Veranstaltungen sind im Vorfeld, sowie im laufenden Prozess sinnvoll?
- Welche Bedeutung haben Widerstände für den Prozess? Wie ist mit ihnen umzugehen?
- Was sind die zentralen Meilensteine eines Verkehrsversuches?
- Wie kann ein Verkehrsversuch finanziert werden?
- Wer koordiniert die infrastrukturellen Veränderungen?
- Wie werden Rettungswege, Krankentransporte, Lieferverkehre berücksichtigt?
- Wie werden Interessen der Anwohner und Anlieger berücksichtigt, zum Beispiel im Hinblick auf Erreichbarkeit und alternative Parkmöglichkeiten?
- Wie wird der Planungsverlauf kontrolliert?

- Wie wird der Verkehrsversuch dokumentiert?
- Wie wird der Verkehrsversuch evaluiert?
- Was folgt aus dem Verkehrsversuch? Wie geht mit der Thematik weiter?
- Wie können die Ergebnisse für die örtliche Politik aufbereitet und genutzt werden?

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	x
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	14
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Bauausschuss beschließt den Antrag einstimmig

zu 8 Verschiedenes

zu 8.1 Sondersitzung des Bauausschusses am 04.04.2022

Herr Lötsch begründet den Termin mit Themen welche immer wieder geschoben werden. Um diesen Stau abzarbeiten soll der Termin stattfinden. Sollte bis dahin alles geklärt sein, kann der Termin auch entfallen.

zu 9 Ende des öffentlichen Teils
--

Der Vorsitzende schließt um 18:57 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung. Die Öffentlichkeit und alle nicht zur Teilnahme Berechtigten verlassen den Sitzungsraum. Der Bauausschuss beschließt, dass aus der Verwaltung folgende Mitarbeiter:innen am nichtöffentlichen Teil teilnehmen: Herr Bunk, Herr Kaschel, Frau Wulke-Eichenberg, Frau Belchhaus, Frau Schindler, Herr Kaacksteen.

Die Sitzung wird um 19:03 Uhr vom Vorsitzenden mit dem nichtöffentlichen Teil fortgesetzt.

zu 15 Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Der Vorsitzende eröffnet den öffentlichen Teil der Sitzung und teilt mit, dass der Bauausschuss im nichtöffentlichen Teil Beschlüsse gefasst habe.

Er beendet die Bauausschusssitzung um 19:31 Uhr.

Lübeck, den 12. Juli 2022

Christopher Lötsch
Vorsitzende/r

Nicholas Benz
Protokollführung